

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 17. März 1932

Nummer 65

Das Programm der sächsischen Scharfmacher

Tagung des Industriellen-Verbandes . Syndikus Wittke fordert Lohnabbau, Beseitigung des Tarifrechts und Abbau der Erwerbslosenunterstützung, sowie Steuererlaß für Unternehmer . Neue Notverordnungen sollen das Raubprogramm der Industriellen verwirklichen . Kämpft in roter Einheitsfront für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD und KGD!

Am Dienstag fand in Dresden die Erinnerungsfeier des Sächsischen Industriellen-Verbandes statt. Im Mittelpunkt derselben stand eine Rede des ehemaligen Sachverständigen-Direktors und Oberstudiendirektors, Wittke, die — wie der Dresdner Anzeiger berichtet — oft von Seiten unterbreiten wurde. Unter der Forderung: „Treu und Glauben“ zeigte Wittke dann das wahre Gesicht des Verbandes Sächsischer Industrieller auf, indem er erklärte:

„Die in unheimlicher Weise gebundenen Arbeitslöhne könnten nur dadurch gehalten werden, daß eine ständig wachsende Anzahl von Arbeitnehmern aus dem Produktionsprozeß herausgerissen wird. Alle Bindungen öffentlicher und privater Art sind zurecht zu machen, um die Produktion zu steigern. Gleichgültig ist der befristete Abbau der Arbeitslosenunterstützung, die unter Umständen vorübergehender allgemeiner Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einzuführen.“

Im Schluß seiner Ausführungen stellte Wittke die Frage, ob nicht bei einem unmoralischen Steuerrecht der Rechtsbrecher mo-

ralischer handelt, wenn er Steuern zur Erhaltung der Arbeitsplätze hinterzieht, als der Steuerflüchtling, der ihn plündert und bestiehlt.

Der Staatsparteiiker Prof. Kasperer schloß sich als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft diesen Forderungen an und behauptete diese auf die gesamte sächsische Wirtschaft aus. Nach dem Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning, stimmte auch der sächsische Finanz- und Wirtschaftsminister Hedrich im Auftrage der Sächsischen Regierung grundsätzlich den Forderungen der Industriellen zu.

Auf dieser Tagung haben die Industriellen offen das ausgesprochen, was sie seit Jahren bereits durchführen. Gerade die Rede Wittkes muß die gesamte Arbeiterschaft aufstacheln und ihr den grenzenlosen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie vor Augen führen. Wittke verlangte nicht mehr und nicht weniger als den sofortigen vollständigen Abbau des Tarifrechts und kündigte einen weiteren ungeheuren Lohnraub an, der zu einer noch größeren Vereinstellung dreier Arbeitermassen

führen muß. Offen forderte er Abbau der Arbeitslosenunterstützung, weitere Kürzung der völlig unzureichenden Unterstühtungen und Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten der Arbeiterschaft.

Zum Schluß verlangte Wittke einen Freibrief für die Industriellen zur Steuerhinterziehung, Unentgeltlichkeit und Brutalität ist die sächsische Bourgeoisie noch nicht aufgetreten als auf dieser Tagung. Sie kann sich derartige Frechheiten und Raubpläne auf die Taschen der Verdienten nur erlauben, weil die sozialfaschistischen Gewerkschaftsböden im Interesse des verfaulenden Kapitalismus alle Kampfmaßnahmen und Forderungen der Arbeiterschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, angefangen von privaten Vereinbarungen bis zum offenen Streikbruch, unterdrücken.

Diese Forderungen der sächsischen Industriellen sind die Forderungen der gesamten deutschen Kapitalistenklasse. Das geht aus aus folgender Rede, die unter Bräutigam in Gießen, das „Ruhrecht“ veröffentlicht, hervor. Am Sonnabend fand in Gießen die Hauptversammlung des Vereines für bergbauartige Interessen und des Jochenverbandes der Ruhrkohlenbesitzer statt. Dr. von Löwenstein führte aus, daß „ungeachtet der politischen Konstellation eine gesicherte entscheidende Tat auf dem Gebiete der Lohnpolitik“, d. h. eine umfassende Lohnsenkung durchgeführt werden müsse. Er bezog sich dabei auf den Reichsarbeitsminister Brüning, der betont habe, daß man aus dem „Jugarten“ herauskommen müsse. Bergarbeiter von Löwenstein rechnete dann aus, daß die Ruhrkampfs heute gegenüber 1929 eine Lohnsenkung von drei Prozent zu verzeichnen hätten! Ueber die Notverordnung vom 8. Dezember hinaus gelte es, die Warnungen und Forderungen der Industrie zu berücksichtigen und neue Lohnkürzungen zu bewilligen.

Wie wir gestern bereits meldeten, sollen diese Forderungen des Unternehmertums in Herzogter Fritsch durch neue Notverordnungen realisiert werden. Ein neuer allgemeiner Lohnabbau und damit in Verbindung ein rigoroser Abbau der gesamten Erwerbslosenunterstützung droht damit der Betriebsarbeiterschaft und den Erwerbslosen.

Die gewaltige Steigerung der Ausbeutung, des Hungers und der Not, die nach den Plänen der Bourgeoisie und der Brüning-Regierung mit Unterstützung der SPD zur Durchführung kommen soll, kann nur durch den einheitlichen und geschlossenen Kampf der Arbeiter abgewendet werden. Wenn der ADGB gerade jetzt zu dem sogenannten „Arbeitskampf“ aufruft, dann soll damit

Wahlrechtsraub an den Jungwählern!

Wahlalter soll auf 25 Jahre heraufgesetzt werden . Preussische SPD-Führer offen für Entrechtung der Arbeiterjugend . Furcht vor dem kommunistischen Jungproletariat . Der 7. Reichsjugendtag im Kampf gegen die Wahlrechtsräuber

Ein toller reaktionärer Anschlag gegen die Arbeiterjugend Preussens ist geplant. Der Reichstagsrat des Preussischen Landtages hat gestern mittag beschlossen, den Antrag der Wirtschaftspartei für Heraufsetzung des Wahlalters auf das 25. Lebensjahr auf die Tagesordnung der morgigen Landtagssitzung zu setzen. 4,3 Millionen Jungwähler würden bei Annahme dieses Antrages ihres Wahlrechtes verlustig gehen. Die kommunistischen Vertreter waren die einzigen, die Einspruch erhoben, während die Sozialdemokraten stillschweigend der Behandlung des Antrages zustimmten.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat beschlossen, diesem Antrag auf die Rechte der arbeitenden Jugend den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Da am morgigen Freitag die zweite Lesung des wirtschaftsparteilichen Gesetzentwurfes stattfindet — die erste war vor etwa Jahresfrist —, wollen die reaktionären Parteien im Anschluß gleich die dritte und endgültige Lesung vornehmen. Seitens der kommunistischen Fraktion wird nicht nur zurechtliche Abstimmung beantragt, sondern auch Einspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhoben werden, die dadurch in dieser Woche unmöglich wird.

Geradezu schamlos ist die Haltung der Sozialdemokratie, die gegen die Beratung des wirtschaftsparteilichen Antrages keinen Einspruch erhob. Während alle anderen Berliner Zeitungen gestern abend bereits ausführlich zu der Frage Stellung nahmen, schweigt sich der Vorwärts vielsagend aus. Inzwischen wird bekannt, daß die Sozialdemokratie durch einen Kompromißantrag das Wahlrecht bis auf 24 Jahre heraufsetzen will.

Einmalig war das Wahlrecht für die Jugend eine Hauptforderung der Sozialdemokratie; das war auch noch unter den Hohenzollern. Heute hat sich die Sozialdemokratie an die Spitze des Raubes erhoben, der den Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen das Wahlrecht rauben will. Denn die Sozialdemokratie ist zur Hauptstütze des kapitalistischen Systems geworden, und eben dieses System will die Arbeiterjugend nicht mehr. Darum strömt sie in Massen fort von der Sozialdemokratie, zum Kommunismus hin. Und auch die letzten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend werden jetzt den reaktionären Charakter der SPD durchschauen, die das Jungproletariat nicht nur der kapitalistischen Märfür ausliefert, sondern ihm auch noch die letzten Rechte rauben will.

Parteien ohne Jugend sind Parteien ohne Zukunft. Ihr wollt die Stimme der Jugend unterdrücken? Die wertvolle Jugend Deutschlands, die noch immer mit an vorderster Stelle stand, um den Sieg des arbeitenden Volkes gekämpft zu haben, läßt sich nicht unterdrücken, läßt sich vom wirtschaftlichen und politischen Kampf nicht ausschließen.

Die Antwort auf den Verrat an ihren Rechten werdet ihr zu geben bekommen! Die Arbeiterjugend wird sich gegen alle erheben, die sie knebeln wollen.

Kan erst recht wird die kommunistische Partei ihre Bestrebungen, in allen Betrieben, in denen Jungarbeiter angestellt werden, eine Zelle des kommunistischen Jugendverbandes werden die der Partei und die KGD-Jugendgruppe neben die KGD-Bezirksgruppe zu stellen, in jedem Orte, in dem eine Parteigruppe besteht, muß auch eine Ortsgruppe der Jugend geschaffen werden!

Ob mit oder ohne Stimmzettel — die Kraft der Arbeiter-

jugend im Klassenkampf wird der Partei gehören, die um die Erringung eines sozialistischen Arbeiterdeutschlands kämpft, in dem die wertvolle Jugend einem solchen Kampfe entgegengehen wird, wie heute schon die Jugend in der Sowjetunion. Der 7. Reichsjugendtag wird im Zeichen des Kampfes der Arbeiterjugend gegen die Wahlrechtsräuber stehen.

Gelbstmordversuch im Arbeitsamt!

Ein Erwerbsloser schießt seine Freundin und sich nieder . Selbstmord ist kein Ausweg . Kampf gegen mörderische Gesellschaftsordnung — für ein sozialistisches Deutschland!

Heute früh 8.20 Uhr schoß im Gebäude des Arbeitsamtes Dresden auf der Haupttreppe zum 1. Stock der erwerbslose Arbeiter Georg Kott, wohnhaft Sozialstraße, auf das gleichfalls erwerbslose Küchenmädchen Rentwig, wohnhaft Blösemeyer Str. 40. Kott gab drei Schüsse ab. Zwei auf die Rentwig, die in die Herzgegend trafen und sie schwer verletzten. Dann gab er einen Schuß auf sich selbst ab. Kott brach sofort schwer verletzt zusammen. Die Notkommission traf kurz vor 9 Uhr ein. Inzwischen hatte man die Rentwig — die noch vollkommen bei Bewußtsein war — zum Verbandoraum geschafft. Auf dem Treppenaufgang lag ein kleiner Trommelrevolver. Die Rentwig ist bereits seit zwei Jahren arbeitslos.

Schüsse knallen im Arbeitsamt. Verzweiflung drückt einem Arbeitslosen den Revolver in die Hand, zwei Menschen, Opfer einer brutalen Gesellschaftsordnung, liegen auf den Stufen des Gebäudes, das zum Inbegriff des Elends und der Verzweiflung geworden ist. Stempelamt. Noch sind die Notlose nicht „gelöst“, d. h., die unmittelbaren Beweggründe hat man noch nicht aus dem Lebensmühen herausfragen können, aber der ganze Vorgang trägt den gleichen Stempel, der 6 Millionen Menschen im kapitalistischen Deutschland zum Verhungern verurteilt.

6 Millionen stehen außerhalb des Produktionsprozesses, 12 Millionen schaffensbereite Hände sind draußgelegt, während die anderen für Hungerlöhne ausgebeutet werden. 6 Millionen stehen am Rande des großen Massenrabes, das die herrschende kapitalistische Gesellschaft für sie bereitet hat. Diesen 6 Millionen werden die ähnlichen erbärmlichen Unterstühtungen geführt, diese 6 Millionen sind Tausende von Schilfen unterworfen, sind als Parasiten der „Gesellschaft“, als Ausgestoßene geschimpft: Arbeitslose.

Dah in ihnen Verzweiflung und Lebensmüdigkeit toben, daß täglich irgendwas und irgendwie einer von ihnen seinem Leben ein Ende bereitet — was löst das eine Gesellschaftsordnung, die für Volkshunde den fünffachen Betrag auswirft als für einen Menschen, den sie selbst um Arbeit und Brot gebracht hat.

Für die herrschende Klasse sind diese Selbstmorde Erwerbs-

loser eine Notiz für die Presse, ein Akt für das Polizeiprotokoll und — ein Arbeitsloser weniger, man spart an ihm die Pötelplennige, die ihm bis jetzt hingeworfen wurden.

Aber gerade das ist ein Flammenzeichen, daß nur einzelne der „industriellen Klerikale“ kampfmüde werden. Die 6 Millionen dürfen und werden nicht kapitulieren vor dem Hunger, freiwillig auf den Friedhof zu wandern! Selbstmord ist kein Ausweg — das wissen die Arbeitslosen, die erkannt haben, daß nicht sie die Schuld tragen an den sie ermordenden Verhältnissen, sondern, daß die wahnwitzige Gesellschaftsordnung der Kapitalisten es ist, die sie dem Hunger, dem Elend und der Verzweiflung ausliefert.

Die Millionenarmee der Erwerbslosen, die erneut von einem Raub an ihren Unterstühtungspfennigen bedroht ist, steht deshalb mit den Massen der Betriebsarbeiter Schulter an Schulter um die Beseitigung dieser verurteilten Gesellschaftsordnung. Sie sieht den Aufbau des Sozialismus im ersten Arbeitertat, nicht, wie dort Planwirtschaft jede Arbeitslosigkeit beseitigt und weiß, daß es auch für sie nur einen wirklichen Ausweg gibt — den Kampf, und nichts als den Kampf, um Arbeit, Brot und Freiheit, durch die Errichtung eines freien sozialistischen Deutschlands.